25:

Lider, Julian: Der Krieg. Deutungen und Doktrinen in Ost und West. Frankfurt M. u. New York 1983.

Lorenz, Konrad: Das sogenannte Böse. Zur Naturgeschichte der Aggression Wien 1963.

Lutz, Dieter S.: Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa Reinbek 1981.

Richardson, Lewis F.: Statistics of Deadly Quarreis. Pittsburgh/Chicago 196; (hrsg. von Quincy Wright, u.a.).

Small, Melvin / Singer, David J.: Resort to Arms. International and Civil Wars. 1816–1980. Beverly Hills 1982.

Sorokin, Pitirim A.: Social and Cultural Dynamics. New York 1937. Wright, Quincy: A Study of War. Chicago/London 1942.

Krise

→ Gesellschaftsbewußtsein, Ideologie, Konflikt, Sicherheit.

Der Vorstellung, daß Krisen (K) → Kriege zeugen, oder positiv, K-Vermeidung eine Voraussetzung von → Frieden ist, folgt allerdings die Einsieht, daß die Stiftung und Wahrung von Frieden nicht nur von dem Willen, sondern auch von der Fähigkeit aller Beteiligten zur friedlichen K-Beilegung abhängt und damit von dem in allen Gesellschaften insgesamt verfügbaren Vermögen, problematische Entwicklungen erkennen beurteilen und bearbeiten zu können.

Dem Bedeutungskernnach steht "K" vornehmlich für alles Störende und Bedrohliche, für Negatives und Abweichendes. Sie beginnt, wo → Sicherheit und Kontrolle zu schwinden, Einfluß und Berechenbarkeit nachzulassen, Orientierungen fraglich zu werden scheinen und die Richtgrößen des Erwünschten, symbolisiert als Sicherheit, Ordnung, Stabilität, Gleichgewicht, Gesundheit, Harmonie, etc., ins Wanken geraten. "K" als Warnung und als Chance zum Besseren schließt hier an und dehnt den Begriff zum immer passenden Schlagwon.

Dennoch erwächst dem von selbst Verständlichen eine eigentümlicht Ambivalenz: Der Akt des Benennens erweist sich zugleich als **Bewer**tung, als Verurteilung des aktuell Abweichenden. Indem das Benannte K ist, weil es vom Erwünschten, Positiven **abweicht**, erscheint das **Wertur**teil als kausale Erklärung und, durch den Verweil auf das potentiell **Besse**re, **Erwünschte**, als Wille zur praktischen Veränderung. Stillschweigend unterliegt so dem Begriff die Suggestion von Handlungsanspruch und **Sinnpräzisierung**. Tatsächlich aber wird weder **das** aktuell "K" genannte noch das potentiell Bessere, **Nicht-K-hafte**, Gegenstand inhaltlicher Dis-

kurse. Die begriffliche **Suggestion** verdeckt so, daß K als Verluste des Orientierungs- und Handlungsvermögens auch eine *Sinnsuche* impliziert.

Der Alltag prämiert jedoch nicht die Sinnsuche, sondern die Suggestion. Sie attestiert dem von "K\* Sprechenden Überblick, Urteilskraft, Moral und Kompetenz. Vor allem aber leitet sie zu kurzschlüssiger Irre, frei nach dem Motto: "Gefahr erkannt, Gefahr gebannt".

Dagegen wurzelte die von der klassischen Ästhetik formulierte **Dramatik** subjektiver **Auseinandersetzung** mit objektiven Gegebenheiten darin, daß K deshalb den Wendepunkt eines schicksalhaften Prozesses meint, weil sie, trotz des Anscheins objektiver  $\rightarrow$  Gewalt, "die dem Subjekt ein Stück Souveränität entzieht\* (J. Habermas, 1973:10) weder von außen hereinbricht, noch den in ihr befangenen Personen äußerlich bleibt, sondern sich vielmehr nur dann als Schicksal zum Schlechteren hin vollziehen kann, wenn die Handelnden der Kraft und des Willens ermangeln,  $\rightarrow$  Freiheit zu behaupten, die Mystik des Schicksalhaften zu brechen, Wirklichkeit nach eigenen Richtlinien zu gestalten. Dies zu tun, erforderte zum einen die Kraft, die "Furcht vor der Freiheit" zu überwinden, zum anderen den Mut, gegen Widerstand neuen Nomos zu setzen und darüber sich und Andere zu verändern, eine neue Identität in anderen Verhältnissen auszubilden.

Dies alles erspart sich, wer K metaphorisch nutzt; dann erschöpft sich K-Therapie in begrifflicher Etikettierung und wird zum Erklärungs- und Handlungsersatz, zum Sedativ, das einem selbst und anderen beruhigend vortäuschen soll, man hätte die Bedingungen des Handelns und seine Folgen unter Kontrolle.

Eine weitere Prämierung des Suggestiven schließt sich an: Sobald die in der Auseinandersetzung zwischen subjektiven und objektiven Bedingungen strukturell angelegten Widersprüche bewältigt werden sollen, müßten bestandswichtige, K-zeugende wie -überwindende Strukturen angegeben und verändert werden können. K-Bewältigung wäre somit immer mehr als die bloße Verurteilung des Äußeren, sie wäre Selbsterkenntnis und Gesellschaftsanalysein einem. In Anbetracht dessen erscheint es erträglicher, allein den äußeren Status quo des K-haften zu zeihen, statt präzise, auf Problemlösung zielende Analysen zu betreiben oder sie zumindest zu verlangen.

Derart halbiert, verkommt der Wortgebrauch zur *Denunziation*, die das unausgesprochene Interesse an der Erhaltung des Bestehenden nicht bewußt werden läßt. Indem so die aufklärende Anstrengung der Ursachenanalyse "nach hinten" - als Versicherung subjektiven wie objektiven Gewordenseins — und der Entwurf eines alternativen **Utopia** "nach vorn" — als optimistische Antizipation gestaltbaren Werdens — unter-

bleiben, geht Geschichte verloren, kann auch K nur noch Zustand sein. Im Lebensgefühl dauernder K formt sich der Begriff zum Ausdruck einer unbewußten *Befindlichkeit*, wird zum Symptom für die K des K-Bewußtseins, für die "substantielle Irrationalität" der Gegenwart (K. Mannheim. 1970).

Im Griechischen dagegen kam dem Begriff Krisis noch ein zentraler, Wirklichkeit konstituierender Rang zu. Da nur Bürger war, wer das Richteramt ausüben konnte, verzahnte die **Rechtsfindung** den Einzelnen mit der Gemeinschaft der **Polis** in dem Sinne, daß die Akte des Abwägens, **Entscheidens** und **Urteilens** immer auch in Übereinstimmung mit den kollektiv gültigen Kriterien von guter und gerechter Ordnung und unter der Kontrolle öffentlicher Kritik zu vollziehen waren.

Die Verzahnung von Staatsraison, Rechtsfindung und Kritik deutet bereits an, daß "krisis" als Urteilsfindung keineswegs auf die Jurisdiktion beschränkt war, sondern für alle Entscheidungssituationen galt, die Belange der Polis berührten. Recht war praktische Ethik, war der Vollzug der öffentlichen Angelegenheiten als politische Doppelfunktion: Die Handlungsszusammenhänge Aller waren zur Einheit zu integrieren und zu rechtfertigen. Politisches Handeln hatte sich daher aller »Für und Wi**der** zu versichern, um zukünftiges Handeln innerhalb des gemeinsamen Horizonts "guter Ordnung\* zu ermöglichen, oder, anders formuliert, hatte Konflikte so über Kompromisse auszugleichen, daß sich keine Partei genötigt sah, ihren Beitrag zum gemeinsamen Ganzen aufzukündigen. Indem aber die Moderne die Freisetzung aus der Mitgestaltung der öffentlichen Angelegenheiten als Freiheit zum Einzelinteresse interpretiert, entgeht dem Einzelnen, daß dadurch Gesellschaft nicht mehr diskursiv "gemacht" wird, sondern anonym aus der Kombination von Einzelinteressen entsteht. Frei von integrierender Vermittlung muß dann Disparates kollidieren, muß die Kollision sogar als Strukturprinzip bejaht werden. Die durch Sprachmagie vermeidbare K-Bearbeitung drückt das Einverständnis mit diesen Strukturen aus und eröffnet einen **objektiven**, vom realen K-Verlauf isolierbaren K-Gewinn: Dem systematisch verdunkelten K-Bewußtsein erscheint K als ewig wiederkehrende, naturwüchsige Entität, nicht mehr als Ergebnis menschlichen Handelns; es ist damit zu einer Produktivkraft geworden, mit der sich bestehende Strukturen trotz warnender K rechtfertigen und erhalten lassen.

Aber auch dort, wo der Sprachzauber durchstoßen, **K-Bewußtsein** aufgeklärt wird, zeigen sich die bestandswichtigen, **K-verursachenden** wie -überwindenden Strukturen keineswegs automatisch. Längst nämlich entstehen und verlaufen K fernab von den Erfahrungsmöglichkeiten der Mehrheit: Der zunehmende Grad internationaler Arbeitsteilung, des Güter- und Kapitalverkehrs, die Polarisierung zwischen Zentrum und

Peripherie, die Ungleichzeitigkeiten in der Kommodifizierung und Kapitalisierung der Weltressourcen, sowie die Ungleichheiten in der Produktion, Distribution und Destruktion von Werten lassen kaum mehr sagen, ob z.B. die K eines nationalen Produktionszweiges als weltweite Absatz-K, als brancheninternes Mißmanagement, als Ergebnis von Auftragsabwanderungen in "Billiglohnländer", als "Vertrauen-K" in die politische Stabilität eines Landes oder als Kostennachteil durch Umweltschutzauflagen erklärt werden soll.

In weit stärkerem Maße gelten diese Überlegungen für die unter dem Begriff "Öko-K" subsummierten Zerstörungs- und Belastungseffekte wissenschaftlich-technischer Naturverwertung. Sie induzierten nicht nur eine neue Welle der Wachstums-, Technik- und Wissenschaftskritik, sondern auch einen generellen Zweifel an der Tauglichkeit abendländischrationaler Erkenntnis- und Denkstrukturen.

Die Planungsstäbe multinationaler Konzerne haben sich dieser Einsichten auf ihre Weise **bedient**. Längst optimiert man die möglichen Entscheidungsalternativen im Rahmen von Simulationsmodellen, die, fernab von simpler **Linearität** und **Monokausalität**, Kapitalverwertung als einen "autopoietischen" (Luhmann), mit Gesellschaften international und den natürlichen Ressourcen global vernetzten Prozeß betrachten, **der**, selbst als multiple Homöostase geregelt, in die **Homöostasen** des Weltsystems verändernd eingreift.

Der Tendenz nach revolutionieren derartige Weltsystem-Simulationen weit mehr als die Denk- und **Erkenntnisformen**; in letzter Konsequenz ermöglicht die *Folgenahschätzung* **singulärer** Eingriffe in ein Gesamtsystem Aussagen über deren gewollte wie ungewollte Effekte. Bei übereinstimmender Risikobereitschaft, (die sich wiederum aus den Bestandsimperativen des Gesamtsystems ergäbe) und einer ausreichenden Folgenbewertung, ließen sich so die zu K, Katastrophen und → *Kriegen* führenden Steuerungsprobleme vermeiden.

Da aber in einem homöostatischen, die globale Ökologie einschließenden Gesamtsystem Problemvermeidungen nur gelingen können, wenn die Teilsysteme aufeinander Rücksicht nehmen, also auch wirtschaftliche Rationalität in Systemrationalität überginge, ergibt sich das Paradox, daß einerseits jeder Schritt zur Problemvermeidung den Verzicht auf Vorteile bedeutet, die zu Lasten anderer Teilsysteme gehen, andererseits aber Wirtschaften gerade darin besteht, Vorteile gegen die Konkurrenz anderer Teilsysteme zu erzielen, Steuerungsprobleme mithin strukturell bedingt sind.

Folgerichtig erzwingen die Maximen der Vorteilssteigerung nicht nur Rücksichtslosigkeit gegen jedes andere Teilsystem, sondern auch Vorsicht vor allen fremden Absichten. Um Kontrolle zu erreichen, bedarf es daher

der präzisesten Ausspähung **aller** Elemente der Handlungsumwelt, von den Lebensgewohnheiten und politischen Einstellungen der Menschen über die **Organisations-** und Vollzugsweisen der Staaten bis hin **zu** den Regelkreisen globaler Ökologie.

Mannheim, der die Einsicht in den Gesamtzusammenhang als »substantielle", ihre Nutzung für partiale Vorteile als "funktionelle Rationalität" bezeichnete, hielt daher Planung für notwendig, um zu vermeiden, daß sich aus der Summe optimaler funktionellerRationalitäten dennoch substantielle Unvernunft ergibt. Da in einem konkurrenzökonomischen Bezugssystem der Widerstreit partialer Rationalitäten konstitutiv ist, bedürfte es folglich der konsensualen Planungen eines politisch-normativen "Weltreiches" (I. Wallerstein, 1974), um die Rücksichtnahme aller Teilsysteme für den Erhalt eines homöostatischen Ganzen zu erzielen.

Wo jedoch nur deswegen Einsicht in den Gesamtzusammenhang gesucht wird, um allein das Partiale vor Rückschlägen der nicht integrierten anderen Teile zu schützen, läßt sich mit Steuerungsproblemen funktionellkalkulieren, geraten selbst K, Katastrophen und Kriege zur (destruktiven) Produktivkraft, die andere Teilsysteme am Erstarken hindert. Wie anders sollte sonst eine Satellitenaufklärung interpretiert werden, die Dürren und globale Ernteerträge vorausberechnet, um diese Einsichten zur Warenterminspekulation zu nutzen und um mit der "Weizenwaffe" politischen Druck auszuüben? Wie sonst sollte man Strategien der "De-Investition" bezeichnen, mit denen in politisch mißliebigen Ländern bewußt K durch organisierten Kapitalabfluß erzeugt werden? Und wie könnte sonst K als "Disziplinierungsmittel" willkommen sein, wenn nicht dadurch, daß sie "Beten und Fasten lehrt"?

Solche Strategieplanungen erfordern, wie die **Versuche**, möglichst alle Konkurrenzbedingungen auszuspähen und unter Kontrolle zu bringen, eine **wissenschaftlich-instrumentelle** Kapazität, die K nicht als ungewollte Fehlentwicklung sondern als bewußt plan- und einsetzbare Kollisionen von Handlungen ansieht, mit denen sich wiederum wichtige Ziele erreichen lassen. Indem aber Wissenschaft dazu genutzt wird, funktioneile Rationalitäten maßzuschneidern, wird **das** Ethos der aufklärenden Vernunft verraten, die Erforschung substantieller Rationalität aufgegeben. Die K der Wissenschaften hat auch darin ihren Ursprung.

Den Betroffenen erscheint die analytische Klärung dieser Zusammenhänge allerdings wenig dringlich. Sie erleiden die **K-Folgen** in individualisierten, schicksalhaften Verfremdungen, die substantiell bedrohen (Realeinkommen, Arbeitsplatz) und das tägliche Sorgen und Besorgen zuvorderst auf das Naheliegende und Mögliche fokussieren. Ihre **Strategien**, mit denen sie auf K reagieren, wirken - ohne daß es den Betroffenen bewußt sein muß — auf den ursprünglichen **K-Verlauf** modifizierend zurück, so

daß auch die Betroffenen zu einem Faktor der K und des politischen K-Managements werden.

Wenn *Politik der* Versuch ist, das Gemeinwohl zu ermitteln, zu fördern und zu wahren, dann hätte **es** ihre Aufgabe zu sein, die Probleme des **K-haften** transparent, einsehbar und behandelbar zu machen, substantielle **Rationalität** zu entwickeln und nach Wegen zu suchen, sie gegen überschießende funktioneile **Rationalitäten** durchzusetzen.

Nach dem Verständnis von Politikern wird "K" jedoch ebenfalls funktionell verstanden: sie ist eine so gravierende Verschlechterung der politischen Situation, daß eine **Erhöhung** der politischen Kontrolle nach Außen und Innen erforderlich wird. Formales K-Kriterium ist dabei die Rapidität von Ereignissen und der ihr entsprechende Zeit- und Entscheidungsdruck. Dem liegen selbst partiale sicherheits- und ordnungspolitische Annahmen zugrunde, nach denen K allein als Beeinträchtigung der Handlungsfreiheit oder als Bedrohung von Sicherheit und Ordnung interpretiert wird. "Crisis government" ist folglich der Versuch, derartige, von primären K ausgelöste Beeinträchtigungen durch eine Veränderung der normalen Regierungsform und ihrer konstitutiven Machtkontrollen bewältigen zu wollen (Notstandsgesetze). Einem solchen Politikverständnis entspricht dann auch die Degenerierung des K-Begriffes zu einem Synonym für extreme Stimmungs- und Problemlagen, für Unruhe, Konflikt und Revolution, für Streß, Panik, Katastrophe und Gewalt. Im militärischen Sprachgebrauch bezeichnet "K" eine Verschlechterung der internationalen politischen Situation, die Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft erfordern kann. Die Beschränkung dieser Definition von K auf Vorstellungen von Eskalation und Deeskalation und auf die außenpolitischen, internationalen Aspekte einer spezifischen Situation täuscht jedoch über die unterstellten Prämissen ("chicken-game", vgl. H. Kahn 1965) ebenso hinweg wie über die unlösbar hinzugehörigen innenpolitischen Aspekte von Entscheidungssituationen. Der Erlaß der Bundesregierung vom 12. Mai 1972 über die Bildung eines interministeriellen K-Stabes beim Bundeskanzleramt definierte K als Ereignisse, die die äußere → Sicherheit der Bundesrepublik ernsthaft gefährden, die den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes (innere Unruhen und K) oder die das Gebiet mehr als eines Landes der Bundesrepublik gefährden und bundesweite Auswir-

Obgleich der Begriff "K" nicht in der Verfassung vorkommt — sie nennt nur Spannung- und Verteidigungsfall — umschreibt er dennoch wesentliche Einschnitte in die verfaßten Rechte der Bürger. Der Beginn der sogenannten K-Zeit kann sowohl vor als auch nach der Ausrufung des Spannungsfalles (An. 80 GG) angesetzt werden. Dabei können die

kungen haben (Katastrophen).

wesentlichen K-Merkmale durchaus außenpolitische Schwerpunkte auf weisen. Aus militärischer Sicht endet die K-Zeit jedoch nicht mit der Ausrufung des Verteidigungsfalles (Art. 115a-e GG), da es durchaus denk bar ist, daß während der militärischen Auseinandersetzungen im Grenzbereich der Bundesrepublik Deutschland K-Erscheinungen verschiedener Art in einzelnen Regionen des Hinterlandes auftreten und das Gesamtgeschehen beeinflussen. Das nichtmilitärische K-Management muß demnach auch im Verteidigungsfall funktionsfähig bleiben, d.h. es muß zu einem Teil der Gesamtführung werden.

Konzeptionell entspricht dem die sogenannte "Gesamtverteidigung", die die militärische und die zivile Verteidigung umfaßt. Nach vorherrschender Doktrin geht man davon aus, daß ohne den Rückhalt der zivilen Verteidigung auch keine militärische Verteidigung gelingen kann, die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, der Zivilschutz, die Versorgung und Bedarfsdeckung sowie die Unterstützung der Streitkräfte somit zur Hauptaufgabe der Krisen- und Konfliktbewältigung werden. Spätestens seit dem 1.WK spricht man deshalb nicht nur vom "totalen Krieg", sondern auch von einer totalen zivilen Verteidigung und Mobilmachung an der Heimatfront.

Die Ökonomen gingen lange Zeit davon aus, daß K extern, durch menschliches Fehlverhalten (z.B. Börsenpanik), durch Kriege, Mißernten und Katastrophen ausgelöst werden; erst nach der **ersten** K im Weltmaßstab, der Rezession von **1857**, fand eine theoretische Umorientierung statt, die K als immanente Prozesse der Ökonomie betrachtete. Der dabei dominierende Aspekt bestand anfangs in der Annahme zyklischer Schwankungen, die nach Saison oder Konjunktur verliefen.

Die von Kondratieff postulierten langen Wellen lassen sich jedoch nur schwer empirisch belegen, da sie von kurzfristigen Schwankungen und Kriegen überlagert worden sind. Die Frage, wie Zyklen verursacht werden, ist ebenso strittig wie der Stellenwert des ökonomischen selbst. Zumindest besteht Einigkeit darüber, daß die Wirtschaft als "Kernbereich" angesehen werden muß, der auf alle anderen Gesellschaftsbereiche wirkt. Zu den bedeutsamsten Wechselwirkungsfaktoren werden dann monetäre. fiskalpolitische, sozialpsychologische und mechanische (vgl. Multiplikator-/Âkzeleratortheorie) Einflüsse gezählt. Das Auftreten von Zyklen mit relativer Überproduktion bei unzureichender Bedürfnisbefriedigung und kaufkräftiger Nachfrage drückt nach marxistischer Interpretation den Grundwiderspruch kapitalistischer Produktionsweise sichtbar aus und erscheint für die Kapitalseite als Schwankung der Durchschnittsprofitrate, die wiederum auf stärkere oder schwächere Investionstätigkeit der Unternehmer zurückwirkt. Seit der industriellen Revolution hat es fünf auf diese Weise entstandene Zyklen gegeben (E. Mandel, 1983, S. 98).

Die gesellschaftsformende Wirkung dieses Krisentyps auf Deutschland wurde insbesondere für den Zeitraum zwischen 1873 und dem Ersten Weltkrieg untersucht: Pathologische Erscheinungen (Judenhaß/Fremdenhaß), Verschärfungen der Klassenkonflikte, Formierung der gesellschaftlichen Interessen von Vermögens- und einkommensstarker Gruppen zu Verbandspolitik, staatlicher Interventionismus und Schutzzollpolitik sowie verstärkter Militarismus waren Begleitumstände von

Rezessionen (H. Rosenberg, 1967).

Schumpeter demonstrierte den Wandel im Kapitalismus als Prozeß der schöpferischen Zerstörung, wobei sich die Zyklen von Zerstörung und Innovation aber nicht lückenlos ergänzen. Vielmehr gehen Verhaltensweisen und Institutionen verloren, die nicht durch rein wirtschaftliches Handeln zu ersetzen sind. Nichtsdestoweniger sind aber Arbeitsethik, Respektierung des Besitzes und die Zustimmung zu einem Gesellschaftsprozeß, der unter dem Gleichheitspostulat antritt, aber reale Ungleichheit erzeugt, für den Kapitalismus unverzichtbare Sedimente des historischen Prozesses. Entscheidend ist, daß der Kapitalismus solche Grundhaltungen zwar benötigt, sie aber nicht erzeugen kann. Vielmehr handelt es sich um ideologische Überschußpotentiale, die der bürgerlichen Gesellschaft aus früheren Epochen zugewachsen sind. Der "homo oeconomicus" ist an einem am **bonum** commune orientierten Verhalten, für das gearbeitet, gespart, Politik gemacht und der Eigentumsbestand einer Familie zusammengehalten wird, nicht interessiert. Motivations-K charakterisieren den Zerfall dieser Verhaltensweisen.

In Stagnationsphasen wird sichtbar, daß das Wohlstands- und Wohlfahrtsversprechen des Kapitalismus auch in den Zentren des Kapitalismus nicht gehalten werden kann. Die Verelendung der Peripherie wird dann in den Zentren spürbar. Dies bedeutet, daß der im Kapitalismus immer angelegte Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital, der im Aufschwung bis zum Wendepunkt institutionalisiert und kanalisiert werden kann, offen ausbricht. Wachsende Feindseligkeiten gegen das Industriesystem im allgemeinen und gegen den Kapitalismus im besonderen sind die Folge. Die so entstehenden Legitimations-K können auch immer weniger durch handlungsbestimmende Beispiele politischer und wirtschaftlicher Eliten abgemildert werden. Im Gegenteil, die Umweltpolitik des Industriesystems signalisiert "Brunnenvergiftung" und es zeigt sich immer deutlicher, daß die von den politischen Eliten produzierten Legitimationen an Glaubwürdigkeit verloren haben.

Die globale Vernetzung von K-Ursachen und -Wirkungen provoziert beim Nachdenken über **Auswege** die Präferenz von gleichfalls global wirksamen Ansätzen. Theoretisches Ziel wäre die Einordnung der Teile (Nationen, Interessengruppen etc.) in eine aus substantieller **Rationalität**  Militarismus 258

abgeleitete Gesauntordnung, wobei das praktische Problem dann darin bestünde, auf dem Wege zu dieser Gesamtordnung den Teilen Rücksichtnahme auf andere aufzuerlegen. Dies **erforderte** Institutionen mit weltweiten Kompetenzen und Informationskapazitäten, die weit über die der UNO hinausgehen, zugleich aber auch weltweite Kontrollmöglichkeiten, damit diese Institutionen von keiner dominanten Gruppe vereinnahmt werden können.

Volker von Borries/WolfR. Dombrowsky

## Literatur

Bergesen, Albert (Ed.): Criscs in the World-System. Beverly Hills 1983.

Gantzel, Klaus J., Kress, Gisela, Rittberger, Volker: Konflikt — Eskalation -Krise. Sozialwissenschaftliche Studien zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Düsseldorf 1972.

Habermai, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt/M. 1973.

Hazard, Paul: Die Krise des europäischen Geistes. La Crise de la Conscience Européenne 1680-1715. Hamburg 1939.

Jänicke, Martin (Hrsg.): Politische Systemkrisen. Köln 1975.

Koselleck, Reinhart: "Krise", in: Brunner, Otto, Conze, Werner, Koselleck, Reinhard: Geschichtliche Grundbegriffe. Stuttgart 1982, S. 617-650. (Bd. 3 S. 617-650).

Mandel, Ernest: Die langen Wellen im Kapitalismus. Frankfurt/M. 1983.

Mannheim, Karl: Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus. 2. Aufl., Berlin und Zürich 1967.

Robinson, James A.: "Crisis". In: Sills, David, L. (Ed.): Int. Encyclopedia of the Social Sciences. New York, London 1972, S. 510-514.

Rosenberg, Hans: Große Depression und Bismarckzeit. Berlin 1967.

Schmölders, Günther: Konjunkturen und Krisen. Hamburg 1955.

Schumpeter, Joseph A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Aufl., Bern 1950.

## **Militarismus**

→ Gewalt, Ideologie, Militär, Nationalismus, Pazifismus, Soldat.

Der Begriff "Militarismus" (M) wird nebeneinander sowohl deskriptiv als auch präskriptiv benutzt. Er bezeichnet ein bestimmtes Verhältnis zwischen Heeres- und Staatsverfassung (Hintze) bzw. zwischen Kriegswaffe und Sozialordnung (L. v. Wiese). Bei der inhaltlichen Bestimmung dieses